

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 915 20-0  
Telex: 886 848 ppbn d  
Telefax: 915 20-12



## Inhalt

Klaus Hänsch MdEP warnt London vor sozialem Desinteresse: Keine sozialpolitische Eiszeit in der EG.

Seite 1

Hans Wallow MdB entwickelt, ausgehend von einem Beschluß des Bremer Parteitages sowie der vorgeschlagenen Grundgesetzänderung durch die SPD-Bundestagsfraktion, ein Konzept für internationale Katastrophenhilfe: Konzeption und Perspektiven für ein deutsches Umwelt- und Katastrophenhilfswerk. (Teil I)

Seite 2

47. Jahrgang / 141

27. Juli 1992

### Keine sozialpolitische Eiszeit in der EG

Von Klaus Hänsch MdEP  
Stellvertretender Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament

Die britische Präsidentschaft zeigt immer deutlicher, daß sie den Anforderungen an eine EG-Ratspräsidentschaft politisch nicht gewachsen ist.

Sie hat für den Rat der Arbeits- und Sozialminister der EG nur eine einzige Sitzung anberaumt - noch dazu erst im Dezember. Den ständigen Ausschuß für Beschäftigungsfragen will sie überhaupt nicht einberufen.

Das ist eine Demonstration des Desinteresses an den Aufgaben der Präsidentschaft und am Schicksal von Millionen Arbeitslosen, deren Zahl, wie die EG-Kommission in ihrem 4. Jahresbericht über die Beschäftigungslage feststellt, in der EG erneut gestiegen ist.

Der Europäische Gewerkschaftsbund verdient für seine Kritik an der britischen EG-Präsidentschaft alle Unterstützung.

Wenn der Maastrichter-Vertrag Großbritannien künftig ein opting-out für bestimmte Bereiche der Sozialpolitik gestatten wird, gibt das der britischen Regierung noch lange nicht das Recht, die ganze EG in eine sozialpolitische Eiszeit zu ziehen.

Die Bundesregierung sollte die Regierung Major freundlich aber nachdrücklich an ihre Präsidentschaftspflichten in der Gemeinschaft der Zwölf erinnern.

(-/27. Juli 1992/rs/fr)

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

\*\*\*\*\*

Verpflichteter Umgang  
mit recycelten Rohstoffen  
Recycling-Papier



**Konzeption und Perspektiven für ein deutsches Umwelt- und  
Katastrophenhilfswerk (Teil I)**

Von Hans Wallow MdB

**Mitglied der Arbeitsgruppe Außenpolitik und Arbeitsgruppe Sicherheitspolitik**

- I. Vorbemerkungen
- II. Politische Ausgangslage nach der Wiedervereinigung
- III. Für einen erweiterten globalen Sicherheitsbegriff
- IV. Die Aufgaben sind der Maßstab des Handelns
- V. Empfehlungen zur Gründung eines Umwelt- und Katastrophenhilfswerks
- VI. Schlußbemerkungen

**I. Vorbemerkungen:**

Nach der Beendigung des Ost-West-Konfliktes ist die Diskussion um die Bildung eines deutschen Friedenskorpas als Teil einer neuen internationalen Verantwortung intensiver geworden. Dabei gingen die Vorstellungen über die Ziele eines solchen Friedenskorpas weit auseinander.

Gemeinsam ist den meisten Vorschlägen, daß sie vom Ansatz her innenpolitische Nebenziele, wie zum Beispiel Wehrgerechtigkeit oder eine neue Sinnstiftung für die Bundeswehr, verfolgen. Obwohl vielschichtige Begründungsmöglichkeiten durchaus legitim und zutreffend sein können, führten sie bisher zu falschen Konzepten und daher zu Widerständen.

Deshalb muß das Ziel auf der Basis einer politischen Wertentscheidung klar formuliert werden und die möglichen Aufgaben als sachlichen Ausgangspunkt nehmen.

Der Bremer Parteitag der SPD empfahl deshalb die Einrichtung eines Umwelt- und Katastrophenhilfswerks, das national oder auf Wunsch anderer Staaten oder der Vereinten Nationen international zur akuten Linderung von Katastrophen und Flüchtlingsproblemen medizinische, logistische und technische Hilfe leistet.

**II. Politische Ausgangslage nach der deutschen Einigung**

Zur zukünftigen Rolle der Bundesrepublik in der Welt hat die Bundesregierung bisher keine konzeptionelle Vorstellung. Obwohl von der Bundesrepublik Deutschland in Zukunft ein größerer Beitrag zur Schaffung einer stabilen Weltordnung erwartet wird, konzentrieren sich die Beobachtungen und Beurteilungen darauf, wie Deutschland mit seiner neuen Verantwortung umgehen wird. Dabei steht das Land in einem bis auf weitere schwer auflösbaren Dilemma: Von der zweitgrößten Wirtschaftsmacht der Welt wird hauptsächlich von den Industrienationen mehr Bereitschaft zu globaler Verantwortung erwartet. Doch gleichzeitig ist davon auszugehen, daß die alten Ängste vor einer dominanten Rolle Deutschlands schnell wieder virulent werden können. Der sich daraus ergebende Handlungsspielraum bleibt deshalb vorläufig begrenzt. Konsequenz: Um eine moralisch glaubwürdige Legitimation zu mehr Verantwortung in der Welt zu erhalten, muß die Bundesrepublik vor allem eine wichtige Rolle bei den nichtmilitärischen globalen Aufgaben übernehmen. Eine der Antworten kann, auch als Teil einer fortschrittlichen "Weltinnenpolitik" verstanden, die Einrichtung einer deutschen Umwelt- und Katastrophenhilfswerks sein.

Die SPD hat dazu auf ihrem Bremer Parteitag eine klare Richtungsentscheidung getroffen. Die historischen Erfahrungen unseres Landes werden zur Grundlage des politischen Handelns gemacht. Die Sozialdemokraten erteilen dem traditionellen staatlichen Starkerkult eine Absage. Sie stehen dafür ein, mehr Verantwortung bei der globalen Friedens- und Ökologienpolitik zu übernehmen. Daraus ergibt sich auch eine Motivation für die Einrichtung eines Umwelt- und Katastrophenhilfswerks

Die beiden Hauptprobleme, die sich im Zusammenhang mit der Organisation eines Friedenskorpas stellen, liegen auf unterschiedlichen Ebenen:

- Die politische Ebene: Soll die Bundeswehr neue Aufgaben bekommen oder muß man eine neue Organisation gründen, und soll in dieser gegebenenfalls auch eine einzuführende allgemeine Dienstpflicht für humanitäre Aufgaben erfüllt werden können?
- Die organisatorische Ebene: Wie kann man humanitäre Hilfe und besonders Katastrophenhilfe schneller und effizienter organisieren?

### **III. Für einen erweiterten globalen Sicherheitsbegriff**

Durch die Veränderungen in der Welt sind alte und neue Probleme in den Vordergrund gerückt und haben sich zu neuen Risikolagen verdichtet. Die öffentliche Aufmerksamkeit richtet sich immer mehr auf Katastrophen und deren Bekämpfung, wie zum Beispiel

- Die Erdbeben in Armenien und den Philippinen,
- die kurdischen Flüchtlingsströme nach dem Golfkrieg in die Türkei und den Iran,
- Umweltschäden und -verbrechen durch Erdöl vor der Küste Italiens und am Golf,
- Überschwemmungen in Bangladesch,
- Ausbreitung der Cholera-Epidemie in Südamerika,
- Hunger- und Bürgerkriegsflüchtlinge in Äthiopien und Somalia,
- Minenräumaktion in Somalia,
- humanitäre Nothilfe in der GUS.

Bei allen vorgenannten Beispielen konnte die Hilfe nur sehr langsam, unzureichend und unkoordiniert geleistet werde. Exemplarisch für die Notwendigkeit einer qualifizierten und schnellen Hilfeleistung war das Erdbeben in Armenien, Tenor der Berichterstattung: "Internationales Chaotentreffen" (Siehe auch "Der Spiegel" Nr. 52/1988, S. 118 ff).

Es wäre unfair, die bisherigen Anstrengungen zu verwerfen, aber sie waren bei allen größeren Katastrophen der letzten Jahre nur der berühmte "Tropfen auf den heißen Stein".

Es kann davon ausgegangen werden, daß die großen Katastrophen und Notlagen von heute und morgen die Menschen zunehmend ängstigen. Es ist bereits allgemeiner Bewußtseinsstand, daß globale Umwelterstörung, exzessiver Energie- und Rohstoffverbrauch, Hunger, Verteilungskämpfe, Ausbeutung, sowie Armutswanderungen ebenso die internationale Sicherheit bedrohen wie ethnische und religiöse Spannungen, Menschenrechtsverletzungen oder auch postkoloniale Interessen.

### **IV. Die Aufgaben sind der Maßstab des Handelns**

Die Bundesrepublik hat sich bei allen vorgenannten und anderen Katastrophen großzügig engagiert. Dabei wurden aber auch Schwachstellen der bisherigen Arbeitsweise der Katastrophenhilfe deutlich. Besonders die Bedarfsanalysen und die Selbstorganisation der Hilfseinheiten waren zu langsam und damit zu ineffizient. Außerdem war die Verzahnung der nationalen Hilfsorganisation mit der internationalen Katastrophenhilfe selten effizient genug. Die vorrangige Frage ist dabei, wie die vorhandenen personellen und materiellen Ressourcen und Instrumente - zum Beispiel des Technischen Hilfswerks (THW), des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) sowie der Bundeswehr (im Hinblick auf Transportkapazität und Logistik) - aufeinander abgestimmt und in einem dualen System besser genutzt werden können.

Um darauf präzise Antworten geben zu können, sind die möglichen Praxisfelder und Aufgaben der Entwicklung von Instrumenten und Organisationen zu definieren:

| <b>Problemfelder</b>                    | <b>Aufgabe</b>   |
|---|--|
| <b>1. Hungernde</b>                     |  |
| - Mangelernährung                       |  |
| - Unterernährung                        |  |
| - Epidemiegefahr                        | - Bedarfsanalyse<br>- ärztliche Betreuung<br>- Nahrungsmittelbeschaffung<br>- Nahrungsmittellagerung<br>- Nahrungsmittelverteilung |
| <b>2. Flüchtlinge</b>                   |  |
| - Hunger                                | - s.o.   |
| - Obdachlosigkeit                       | - Erstellung Not-/Zeitunterkünfte<br>- Ersatz/Wiederherstellung Wohnungen  |
| - Rückkehrproblem                       | - Transport<br>- Weiterreise<br>- Vorbereitung Integration (Beratung, Dokumente)   |
| <b>3. Gesundheitsschäden</b>            |  |
| - Verletzte                             | - Bergung, Versorgung, Behandlung  |
| - Seuchenopfer                          | - Bergung, etc.  |
| - Seuchengefährdete                     | - Vorsorge und Behandlung  |
| - Tote                                  | - Bergung, Bestattung  |
| <b>4. Sachschäden</b>                   |  |
| - Wohnraum                              | - Notunterkünfte, Instandsetzung   |
| - Infrastrukturen                       | - Instandsetzung, Wartung  |
| - Produktionsanlagen                    | - Überbrückung von Engpässen   |
| <b>5. Umweltschäden und -verbrechen</b> |  |
| - ABC-Kontamination                     | - Umweltanalysen, Dekontamination  |
| - Wald- u.a. Brände                     | - Löscheinsätze  |
| - Überschwemmungen                      | - s. 1. - 4.   |
| - Sturmschäden                          | - s. 1. - 4.   |
| - Küstenverlust                         | - s. 1. - 4.   |
| - Gewässerverschmutzung                 | - Umweltanalysen, Dekontamination und s. 3.  |

(Den zweiten Teil und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe.)